

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Beteiligung:

Betreff:

Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 26. Oktober 2010

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	13.10.2010	Ö	() ja () nein	
Gemeinderat	21.10.2010	Ö	() ja () nein	

Zusammenfassung der Information:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss sowie der Gemeinderat nehmen die Information zum Vorhaben, Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg zu entwickeln, zur Kenntnis.

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 13.10.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 13.10.2010

1.1 Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg Informationsvorlage 0139/2010/IV

Inhalt der Verhandlung:

Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner führt aus, dass Heidelberg mit zahlreichen Formen und Angeboten der Bürgerbeteiligung bereits heute eine Stadt des Dialogs sei. Dennoch könne man noch von anderen lernen. Ziel sei die Entwicklung eines Heidelberger Weges der stetigen Bürgerbeteiligung gemeinsam mit der Bürgerschaft.

Herr Prof. Dr. Klages stellt sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus Sicht seiner Erfahrung mit der Erarbeitung des „Leipziger Modells“ wesentliche Rahmenbedingungen und Erfolgskriterien der Bürgerbeteiligung vor:

Einerseits habe der gesamtgesellschaftliche Wertewandel zu einer deutlichen Zunahme von Selbstverwirklichungs-, Anerkennungs- und Teilnahmebedürfnissen geführt. Andererseits zeige die Realität, dass die bestehenden Institutionen und Angebote direkter Bürgerbeteiligung nur einen kleinen Bevölkerungsteil erreichen könnten.

Um die so entstehende Kluft gegenseitigen Misstrauens zwischen gewählten Repräsentanten und Bürgerschaft in einem System der prozesshaften, mehrstufigen Bürgerbeteiligung zu überwinden, seien als Erfolgsfaktoren zu beachten:

- die Verfügbarkeit einer Vielzahl geeigneter Methoden der Bürgerbeteiligung,
- die Einrichtung eines verwaltungsinternen Prozessmanagements mit weitgehenden Befugnissen und
- die kurzfristige Mobilisierbarkeit von Bürgerbeteiligung (sofern diese nicht spontan entsteht) durch ausreichend Personal (inkl. Bürgermentoren), ein Budget, eine merkmalreiche Datei von Engagement-Bereiten, eine enge Kooperation mit den Aufgabenbereichen Statistik und Wahlen sowie die Existenz einer permanenten Organisationsstruktur unter den Bürgern

Eine lebendige Demokratie entstehe dann, wenn der Bürger als Auftraggeber und Mitgestalter verstanden werde.

Herr Oberbürgermeister betont, dass es um eine Systematisierung der bereits praktizierten Bürgerbeteiligung zur Unterstützung der gewählten Gremien gehe, deren Kompetenzen unangetastet blieben. Derzeit stehe man ganz am Anfang und diskutiere noch über die Einleitung des Prozesses zur Erarbeitung eines Systems der Bürgerbeteiligung, die vor allem mehr Transparenz liefere. Dabei sei dieser Arbeitsprozess selbst bereits als Beteiligungsprozess angelegt. Am Ende des Arbeitsprozesses solle eine feste Rahmenordnung für Bürgerbeteiligung stehen. Diese solle ein ausreichendes Maß an Repräsentativität gewährleisten, um belastbare Informationen über die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erhalten.

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Stolz, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Meißner, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Michalski, Stadtrat Eckert, Stadtrat Jakob, Stadträtin Pashen, Stadträtin Dotter

Folgende Punkte wurden im Wesentlichen angesprochen:

- Unterstützung für den Befund einer wachsenden Distanz zwischen Bürgern und gewählten Repräsentanten und Begrüßung für Vorschlag
- Verlagerung der gemeinderätlichen Willensbildung vom Plenum in die öffentlich weniger wahrgenommenen Ausschüsse als eine mögliche Ursache
- Zweifel an der Realisierbarkeit der Systematisierung und Repräsentativität von Bürgerbeteiligung angesichts individueller Betroffenheiten und der Skepsis gegenüber dauerhaft angelegten Partizipationsformen
- Angesichts jahrelanger Planungsprozesse unter sich ständig wandelnden Rahmenbedingungen Gefahr der Frustration, insbesondere wenn die Entscheidung des Gemeinderats nicht alle Anliegen aus der Bürgerbeteiligung aufgreifen kann
- Problem der Wahrnehmungsschwelle für den einzelnen, da sich Workshops, Zukunftswerkstätten etc. schnell institutionalisierten und von Interessenvertretern dominiert würden
- Zu welchen Themen soll Bürgerbeteiligung stattfinden?
- Was ist der grundsätzliche Unterschied zwischen systematischer und repräsentativer Bürgerbeteiligung und dem gewählten Gemeinderat?
- Uneinheitliche Erfahrungen mit der bürgerschaftlichen Informations- und Engagement-Bereitschaft
- Größere Planungssicherheit trotz des gesteigerten Zeitbedarfs
- Erfordernis der besonderen Ansprache politikferner Bevölkerungsteile (z.B. aktivierende Befragung)
- „Bürger für Heidelberg“ als möglicher Ansprechpartner nimmt früh Probleme und Informationen aus Bürgerschaft auf
- Vorschlag eines Halbjahresplanes zu anstehenden Projekten und den damit verbundenen Beteiligungsmöglichkeiten
- Regelmäßige beschränkte Bürgerbefragungen mit sensibler Auswertung, um Problemwahrnehmungen der Bürger bereits im Entstehen zu erkennen
- Notwendigkeit der Einbeziehung von Alternativen in Entscheidungsprozesse mit Bürgerbeteiligung
- Frühzeitige, strukturiert Bürgerbeteiligung als Chance für Überzeugungsarbeit
- Qualitätsgewinn für Letztentscheidung im Gemeinderat durch Bürgerbeteiligung

Auf Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister beschließt der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss einstimmig, dem Gemeinderat zu empfehlen, die Verwaltung mit der Vorlage eines Vorschlages zur konkreten Gestaltung des Prozesses zur Erarbeitung eines Bürgerbeteiligungsmodells unter Begleitung durch Herrn Prof. Dr. Klages zu beauftragen.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 21.10.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 21.10.2010

3 Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg Informationsvorlage 0139/2010/IV

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf die Beratung im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss vom 13.10.2010 hin. Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss habe einstimmig dem Gemeinderat empfohlen, die Verwaltung mit der Vorlage eines Vorschlages zur konkreten Gestaltung des Prozesses zur Erarbeitung eines Bürgerbeteiligungsmodells unter Begleitung durch Herrn Professor Dr. Klages zu beauftragen.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dondorf, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Paschen, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadträtin Dotter, Stadträtin Dr. Trabold, Stadtrat Lachenauer

Am Ende der Diskussion stellt der Oberbürgermeister fest, dass der Gemeinderat mehrheitlich das von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehen zur Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung analog der Informationsvorlage begrüßt.

Er sagt zu, dass dem Gemeinderat im Dezember 2010 zur Prozessgestaltung ein Vorschlag unterbreitet werde.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Bürger/-innenbeteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Die Vorlage zeigt erste Schritte hin zu einer weiteren Verbesserung und Verstetigung der Beteiligungsmöglichkeiten für Heidelberger Bürger/-innen

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

(keine)

B. Begründung:

1. Ausgangssituation

Entsprechend der Leitlinien des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2015 ist Bürgerbeteiligung weit über den gesetzlich vorgesehene Rahmen seit Jahren wichtiges Anliegen der Stadtverwaltung. Es gibt hierfür viele gelungene Beispiele, die auch bundesweit Anerkennung gefunden haben. Aufzuführen sind hier zum Beispiel das Innenstadtforum zum Thema Einzelhandel, der Arbeitskreis zur Erschließung des Gewerbegebietes Rohrbach Süd, aber auch frühere Verfahren wie zum Beispiel die Erarbeitung der Stadtteilrahmenpläne. Immer wieder gilt es aufs Neue, „einen Interessenausgleich aller Beteiligten zu schaffen und die Gemeinwohlbelange zu berücksichtigen.“ (Stadtentwicklungsplan (STEP), S. 12)

Gleichwohl zeigen zwei Bürgerentscheide in jüngster Zeit, dass es Verbesserungsbedarf gibt. Es ist offensichtlich nicht in vollem Umfang gelungen, die Heidelbergerinnen und Heidelberger bei der jeweiligen Entscheidungsfindung des Gemeinderats mitzunehmen. Deshalb sollten – ganz im Sinne des STEP – „neue Wege in der Einbindung der Menschen in die politische und planerische Entscheidungsfindung“ beschritten werden. (STEP S. 12)

Auch andere Städte befassen sich zur Zeit sehr intensiv mit dieser Thematik und suchen nach Verbesserungsmöglichkeiten bei der Bürgerbeteiligung, so zum Beispiel Leipzig.

Dort wurde mit wissenschaftlicher Begleitung ein mehrstufiger Ansatz entwickelt, der sich wie folgt kennzeichnen lässt:

- a) Er orientiert sich an der Prozesshaftigkeit des Verwaltungs- und Politikablaufs und den Qualitätsanforderungen der Prozessschritte.

- b) Diesen Prozessschritten sind jeweils „passende“ Bürgerbeteiligungsinstrumente zugeordnet.
- c) Kernstücke sind ein für alle Aufgabenbereiche verwendbares Schema zum Verwaltungsablauf sowie die Definition der jeweiligen Leistungskriterien der Bürgerbeteiligung zu den einzelnen Ablaufschritten und der damit jeweils geltend zu machenden Beteiligungsanforderungen.“

Der Modellansatz beinhaltet weiterhin das Konzept eines Prozessmanagements mit den Aufgaben der Beratung der Beteiligten, der Steuerung der Beteiligungsverläufe und eines Qualitätscontrollings. (Klages, Keppler, Masser: Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie, herausgegeben von der Stiftung Mitarbeit, skript 04, S. 20.)

2. Vorschlag zum weiteren Vorgehen

Um das Vorgehen von Leipzig besser kennen zu lernen, wird Herr Prof. em. Dr. Helmut Klages, ehemals Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, den aktuellen Diskussionsstand zur Partizipation und insbesondere die Grundzüge des Leipziger Modells im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss vorstellen.

Im nächsten Schritt soll eine Arbeitsgruppe Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg entwickeln. Diese Leitlinien haben die Funktion, Transparenz und Sicherheit für alle Beteiligten und relevanten Verfahren zu gewährleisten und Bürgerbeteiligung in Heidelberg zu verstetigen.

Die Arbeitsgruppe selbst ist ein befristet eingerichtetes Arbeitsgremium, in dem verschiedene Akteure zusammenarbeiten sollen. Idealtypisch wären hier jeweils drei Personen von Seiten der Bürgerschaft, der Verwaltung, der wissenschaftlichen Experten und der Politik vertreten.

Die Leitlinien sollen vom Gemeinderat in 2011 beschlossen werden. Die Stadtverwaltung ist fest davon überzeugt, dass eine mehrstufige Bürgerbeteiligung zu vom Gemeinderat festgelegten Themen, die auch bestimmte Qualitätskriterien erfüllt und mit ihren Ergebnissen nahtlos in den politisch-administrativen Entscheidungsprozess eingespeist wird, dauerhaft Kosten und Aufwand erspart.

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner